



## **Protest und breite Solidarität: Die Aberkennung der Gemeinnützigkeit des Frauenverbands Courage muss sofort zurückgenommen werden!**

Soviel öffentliche Diskussionen, Protest und Empörung hatte das Finanzamt Wuppertal wohl nicht erwartet als es Mitte Dezember 2012 dem Frauenband Courage die Gemeinnützigkeit rückwirkend ab 2010 entzog und Steuernachforderungen stellte. Ein breites Spektrum von Menschen, Organisationen und Parteien unterstützen uns, unterschreiben und verbreiten unsere Protesterklärung, schreiben Artikel, Unterstützungs- und Protestbriefe.

Wir werden weiterhin diesem Angriff auf unsere finanzielle Unabhängigkeit, unsere Überparteilichkeit und unsere engagierte frauenpolitische Arbeit offensiv begegnen. Erst im Juni 2012 haben wir dem Finanzamt unsere gesamten Einnahmen und Ausgaben korrekt nachgewiesen, den Rechenschaftsbericht unseres Vorstandes und das Protokoll unserer Bundesdelegiertenversammlung vorgelegt. Auf dieser Grundlage wurde uns dann ein neuer Freistellungsbescheid erteilt. Der Verdacht liegt nahe, dass die Finanzbehörden nur ausführendes Organ. Dazu passt die (einzige) unverschämte Begründung der Finanzbehörden: *„Der Verein wurde im Verfassungsschutzbericht 2010 als Vereinigung erwähnt, bei der es belegbare Hinweise für eine Einstufung als extremistische Vereinigung gibt.“* Hier wird genau der §51 Absatz 3 Abgabenordnung ins Spiel gebracht, nach dem eine Organisation, die in einem Verfassungsschutzbericht als „extremistisch“ aufgeführt wird, nicht gemeinnützig sein kann. Die zwingende, unwiderlegbare Anwendung dieses Paragraphen im Jahressteuergesetz 2013 wurde 2012 durch eine breite demokratische Öffentlichkeit zu Fall gebracht. Der umstrittene „Extremismusparagraph“ besteht aber weiterhin. Er gehört ersatzlos gestrichen. Denn wie glaubwürdig ist ein Organ, das ohne jede Beweispflicht Behauptungen und Diffamierungen in die Welt setzen kann und gleichzeitig seit Jahren faschistischen Umtrieben Spielraum gibt bis hin zur Vertuschung der feigen NSU-Morde?!

Die angeblichen „belegbaren Hinweise“ in unserem Fall sind nichts anderes als die unwahre Behauptung, Courage sei „Vorfeldorganisation“ bzw. „Frauenverband der MLPD (Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands)“. Ganz klar belegt ist:

→ Courage ist überparteilich, demokratisch, antifaschistisch und finanziell unabhängig und steht für den breiten Zusammenschluss der Frauenbewegung ohne antikommunistische Ausgrenzung. Bei uns steht der Einsatz für die Befreiung der Frau im Mittelpunkt. Dazu leistet jede Frauen ihren Beitrag auf gleichberechtigter Grundlage – unabhängig davon, ob und welcher Partei sie angehört. Wir werden uns von einem Finanzamt weder vorschreiben lassen, mit welchen Meinungen und Vorschlägen wir uns auseinandersetzen, noch mit wem wir zusammenarbeiten! Und das tun wir mit allen Kräften, die sich in Wort und Tat für die Interessen der Frauen einsetzen. Gerade das ist echte Demokratie!

→ Courage ist gemeinnützig. **Unser Programm und unser Engagement berühren brennende Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung.** Seit mehr als 20 Jahren engagieren sich im Frauenverband Courage ehrenamtlich und uneigennützig Frauen und Mädchen für die gesellschaftliche Gleichstellung der Frauen, gegen Frauendiskriminierung, gegen **jede Form der Gewalt an Frauen** und für eine lebenswerte Zukunft, in der der Mensch und der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen im Mittelpunkt stehen und nicht der Profit - **weltweit**.

Wir freuen uns über die Solidarität und das breite Spektrum unserer Unterstützerinnen und Unterstützer und rufen weiter alle demokratischen, fortschrittlichen, antifaschistischen, gesellschaftskritischen Vereine und Einzelpersonen auf: Macht diesen Vorgang einer breiten Öffentlichkeit bekannt, unterzeichnet unsere Unterschriftensammlung und unsere Internet-Petition unter <http://www.change.org/de/Petitionen/finanzamt-wuppertal-elberfeld-wiederherstellung-der-gemeinn%C3%BCtzigkeit-des-frauenverbands-courage>, protestiert beim Finanzamt Wuppertal-Elberfeld, schickt Protest- und Solidaritätserklärungen an [courage-wuppertal@t-online.de](mailto:courage-wuppertal@t-online.de)

# Breite Solidarität

„Seit vielen Jahren arbeiten wir hier in Köln punktuell immer wieder erfolgreich mit den Kolleginnen des Frauenverband Courage e.V. zusammen und schätzen ihr engagiertes und überparteiliches Eintreten gegen Gewalt an Frauen und Mädchen in NRW, Deutschland und weltweit sehr! Wir halten es für gesellschaftlich notwendig und gemeinnützig, dass Frauen sich unabhängig von ihren parteipolitischen, religiösen und weltanschaulichen Standpunkten gemeinsam für die Wahrung ihrer Interessen und die Durchsetzung ihrer vollen Gleichberechtigung organisieren. Dafür steht unserer Erfahrung nach der Frauenverband Courage! ...Es drängt sich der Verdacht auf, dass hier ein Exempel statuiert werden soll – unbequeme Frauenorganisationen, die sich mit anderen Gruppierungen vernetzen, um sich antifaschistisch aufklärerisch und gesellschaftskritischen zu engagieren, sollen sich vorschreiben lassen, mit wem sie zusammenarbeiten. Das ist extrem undemokratisch.“ (Notruf Köln)

„Ihr arbeitet mit Frauen unterschiedlicher Weltanschauung gleichberechtigt und auf antifaschistischer Grundlage zusammen, von religiös bis revolutionär. Das ist der ganze Ärger der Herrschenden und Regierenden und ihrer Administration. Sie kommen mit diesen Prinzipien nicht zurecht, weil Ihr auf dieser Grundlage Frauen überparteilich für ihre Rechte und Interessen zusammenschließt, weil ihr an diesen Staat Forderungen stellt und weil ihr für die Befreiung der Frau in einer von Ausbeutung und Unterdrückung befreiten Gesellschaft offen seid und dafür eintretet.... Das ist ein Skandal und es zeigt, wie groß die Angst der Herrschenden und Regierenden vor Eurer Programmatik und der Tatsache ist, dass ihr organisiert für die Befreiung der Frau kämpft. Das Vorgehen des Finanzamtes Wuppertal ist erbärmlich, denn es macht sich zum Büttel des Verfassungsschutzes, der über Euch antikommunistische Verleumdungen als „Grund“ für den Entzug der Gemeinnützigkeit ausschüttet. Meist ist der Antikommunismus die letzte plumpe Keule, wenn Überzeugungskraft fehlt. Doch wovon können sie schon überzeugen? Von fehlenden oder unbezahlbaren Kita-Plätzen, von weniger Lohn für Frauen für gleiche Arbeit, für eine hohe Jugendarbeitslosigkeit, der Minijobs oder von Quotenfrauen in Chefetagen?... Wir wünschen Euch viel Kraft und Erfolg in diesem Kampf und vor allem viele neue couragierte Mitstreiterinnen! (Bundesvorstand, Solidarität International)

„Wir haben mehrfach in der Vergangenheit mit Courage zusammengearbeitet und in ihren Mitgliedern engagierte Frauen kennen gelernt, die sich mit demokratischen Mitteln parteilich für die Interessen von Frauen eingesetzt haben. Es ist ein starkes Stück, dass jetzt (rückwirkend bis 2010!) mit Verweis auf den Verfassungsschutzbericht NRW von 2010 die Gemeinnützigkeit dieses Frauenverbandes aberkannt wird. ... Wir machen uns dafür stark, dass Frauenrechte gestärkt werden, in diesem Fall werden sie mit Hilfe der Extremismusklausel geschwächt, und das darf nicht sein und deshalb raten wir zu demokratischer Gelassenheit.“ (Ratsfraktion der Wuppertaler Grünen , <http://www.njuuz.de/beitrag19049.html>)

„Es kann nicht sein, dass Ministerien und Verfassungsschutzämter ohne demokratische und parlamentarische Kontrolle auf Grund politischer Motive über die Gemeinnützigkeit und damit Steuerbefreiung von Verbänden entscheiden, das ist ein Skandal. Und jetzt trifft es "Courage", die im Verfassungsschutzbericht des NRW-Innenministers Ralf Jäger (SPD) als "Vorfeldorganisation der MLPD" geführt wird. Weder ist die MLPD verboten noch "Courage". Eine Organisation unter politischen Verdacht zu stellen und sie damit aus der Gemeinnützigkeit herauszuhalten, obwohl sie die Kriterien erfüllt, reiht sich in die unsägliche Politik von Bundesfamilienministerin Schröder (CDU) ein. Sie bewilligt antifaschistischen Organisationen und Bündnissen nur noch dann Zuschüsse, wenn diese für alle ihre Mitglieder gewährleisten können, dass diese nicht vom Verfassungsschutz als "extremistisch" eingeschätzt werden! DIE LINKE strebt seit vielen Jahren die Veränderung dieser diskriminierenden Verfahren an.“ (Kreisverband DIE LINKE Wuppertal“)

„Frauen aller Schichten haben heute die gleichen Sorgen - deshalb müssen sie auch zusammen kämpfen. Deshalb finde ich es gut, dass Courage keine Frauen aufgrund ihrer zukunftsweisenden Weltanschauung ausgrenzt. Viel Erfolg - couragierte Frauen lassen sich doch von sogenannten Freunden der Demokratie nicht aufhalten.“ Kommentar auf change.org - Courage Petition

„Der Verfassungsschutz sollte besser mal seine "Rechtslastigkeit" korrigieren anstatt Frauenaktivitäten zu schikanieren! Die Feministische Partei DIE FRAUEN protestiert auf das Schärfste gegen die geplante Aberkennung der Gemeinnützigkeit des Frauenverbandes Courage unter dem dümmlichen Vorwand des Extremismus!“

Wir positionieren uns klar gegen diese Entscheidung und unterstützen den Frauenverband Courage e. V. Außerdem an dieser Stelle vielen Dank für die Jahrzehnte engagierter, ehrenamtlicher Arbeit!“ (“Initiative für Gerechtigkeit bei sexueller Gewalt“)